

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Anzeigebüros 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 3 RM. jährlich. Abrechnung: Alle Wochenblätter für Wilsdruff u. Umgegend werden nach Möglichkeit gegen Vorzahlung geliefert. Postboten und anfernter Abnehmer zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Abrechnung eingeleiteter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Kastenzeile 20 Rfg., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 2-spaltige Kastenzeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennig. Sonstige Anzeigen werden nach Möglichkeit gegen Vorzahlung angenommen bis 10 Uhr. Durch Fernruf übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Reklamationsanspruch erlischt, wenn der Betrag durch die eingeleiteten Anzeigen überzogen wird oder der Auftraggeber in Konkurs geht. Einlegen nehmen alle Verordnungen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 221 — 89. Jahrgang Teleg.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2840 Montag, den 22. Sept. 1930

Panikmacher.

Auf das überraschende Wahlergebnis haben die Börsen in Deutschland und im Ausland mit einer teils größeren, teils geringeren Panik geantwortet — aber schon in kürzester Zeit konnten sich die Kurse der deutschen Papiere an den deutschen und ausländischen Börsenplätzen wieder erholen. Auch auf dem Geldmarkt trat nur eine ganz vorübergehende Störung in der ausländischen kurzfristigen Kreditgewährung ein — kurz, das deutsche Wahlergebnis schien kreditpolitisch ziemlich spurlos, jedenfalls fast eindrucklos vorüberzugehen. Bis nun gegen Ende der vorigen Woche im Ausland ein ganz überraschender Kursseinbruch für deutsche Anleihen erfolgte, der sich natürlich in verstärktem Maßstab auch über die deutschen Börsen hin fortspangte. Es handelte sich dabei um deutsche Anleihepapiere jeder Art, also um solche aus deutschen Ländern und Kommunen ebenso wie um die Emissionen deutscher privatwirtschaftlicher Unternehmungen, selbst um die Dawes-Anleihe von 1924, deren Kurse in London und in New York erheblich zurückgingen.

Was war denn nun eigentlich geschehen, das jene ursprüngliche, also ziemlich ruhige Beurteilung der neuen politischen Lage in Deutschland plötzlich an den ausländischen Börsen zu einer heftigen Panik werden ließ? Was zerstörte so überraschend in ausländischen Finanzkreisen die Überzeugung, daß es in Deutschland zu keinerlei innenpolitischen Unruhen komme, die natürlich auch unerfreuliche wirtschaftspolitische Folgen haben müßten? Eins sei noch schnell, aber als etwas sehr Wesentliches erwähnt: Überall in der Welt sind die Börsen jetzt im Sinken und in der Zeit der allgemeinen Wirtschaftskrisis ganz besonders empfindlich, reagieren selbst auf ziemlich offensivende „Tairarenmeldungen“ weit stärker, als dies eben bei aufsteigender oder gar guter Wirtschaftslage der Fall zu sein pflegt. Wer selbst pessimistisch ist, dem es selbst schlecht geht, der glaubt leichter an die Wahrheit pessimistischer, schlechter Nachrichten. Und außerdem gibt es an jeder Börse eine — Panikpartei, die am Sinken der Kurse ein Interesse hat und daher den Grundgedanken folgt: „Was da fällt, soll man noch stoßen!“

Nun hörte man draußen alle möglichen Meldungen über angeblich schon sehr weit getriebene „Rüstungen“ der Nationalsozialisten, von Gerüchten über Ausschüsse in Vorbereitung dieser Kreise, von Wühlereien in der Reichswehr und bei der Schutzpolizei, — kurz, man glaubte im Ausland, auf Grund dieser Mitteilungen die innenpolitische Lage in Deutschland sehr viel gefährlicher anzu sehen zu müssen, als dies noch kurz zuvor geschehen war. Daß die Panikpartei sich dieser Stimmung an den ausländischen Börsenplätzen rasch bemächtigte und nun die deutschen Zustände mit einem Schein von Verrechtigung schwärzte, ist ein sehr malte, war eine weitere nicht mehr auffallende Folge. Der bedenklich gewordene ausländische Zuhörer deutscher Anleihepapiere verleierte seinen Verstand, also — rutschten die Kurse ab. So ganz unvorbereitet für eine solche Entwicklung war der Boden übrigens doch nicht; denn ebenso in Deutschland wie im Ausland herrscht eine tatsächliche Ungewissheit darüber, wie in der deutschen Innenpolitik die Dinge weiterlaufen werden. Das alles fällt natürlich nach der wirtschafts-, also auch nach der kreditpolitischen Seite sehr stark ab, namentlich dort, wo es sich um langfristige Anleihen des Auslandes an Deutschland handelt, deren Sicherheit und Rentabilität leiden müßten, falls es in Deutschland wirklich zu einer gefährlichen innenpolitischen Zuspitzung kommen würde. Solche Befürchtungen sind natürlich auch von geradezu verhängnisvollem Einfluß auf die Stellungnahme des Auslandes neuen deutschen Anleihebewerben gegenüber. Schon in den beiden letzten Monaten ist überhaupt — unter dem Eindruck des deutschen Wahlergebnisses — der Zustrom des Auslandskapitals so gut wie ganz ins Stocken geraten; jene ausführlichen Meldungen über angebliche Rüstungen sind nun nicht gerade geeignet, diese Störung zu beheben! Wurde doch außerdem in gewissen Kreisen des Auslandes, in denen man nicht gerade deutschfreundlich gesinnt ist, aus durchsichtigen politischen Gründen das angeblich Gefährliche der Lage in Deutschland noch viel breiter ausgemalt, geradezu Alarm geblasen, als stände in Deutschland ein Putzschon unmittelbar bevor.

Dem allem ist — ebenso wie der Reichswehrminister für die Wehrmacht in seiner Rede auf dem Mandoverfeld — nun auch die preussische Regierung durch ihre Erklärung in scharfer Form entgegengetreten. Es läge nicht die geringste Veranlassung vor für jene Schwarzmalerei, die nur zu katastrophalen wirtschaftlichen Folgen führe. Leider sind aber diese amtlichen Gegenmaßnahmen doch zu spät erfolgt, als daß sie noch rechtzeitig dem Stimmungsumschwung und demgemäß den Kurseinbrüchen für deutsche Anleihen an den Auslands- und Inlandsbörsen entgegenwirken konnten; die Alarmgerüchte aus Deutschland hatten ihre verhängnisvollen Folgen schon gezeitigt. Hoffentlich tritt aber doch nun jetzt wenigstens eine Veruhigung ein und man muß daher all dem gegenüber doch wohl auch darauf verweisen, daß auf dem Geldmarkt, also beim kurzfristigen Kredit, solche Störungen, Störungen oder gar Vertrauensbrüche nicht in irgendwie beachtlichem Umfang eingetreten sind.

Das vergewaltigte Memelland

Memelbeschwerden in Genf.

Deutscher Dringlichkeitsantrag.
Die Reichsregierung hat durch die deutsche Abordnung in Genf im Völkerbundrat einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, die Befehle des Memelgebietes auf die Tagesordnung der gegenwärtigen Ratsitzung zu setzen und unverzüglich zur Verhandlung zu stellen. Der Dringlichkeitsantrag verlangt die Vorwegnahme der zwei entscheidenden Forderungen der Beschwerde: 1. die Bildung des Memeldirektoriums auf parlamentarischer Grundlage nach dem 10. Oktober stattfindenden Wahlen zu sichern, 2. Enthaltung jeder Beeinflussung der bevorstehenden Wahlen zum Memeler Landtag durch die litauische Regierung.

Der deutsche Dringlichkeitsantrag weist darauf hin, daß die Wahlen zum Memeler Landtag ursprünglich nach den allgemeinen litauischen Wahlgesetzen erfolgen sollten, daß jedoch im Laufe der letzten Jahre und zuletzt noch vor ganz kurzer Zeit Sondergesetze für die Regelung der Wahlen im litauischen Gebiet erlassen worden sind, die nicht als zulässig angesehen werden können, da die Wahlen im Memelgebiet nur nach dem allgemeinen litauischen Wahlrecht stattfinden dürfen. Die übrigen Punkte der Memelbeschwerden, so nimmt man an, würden aus sachlichen Gründen erst auf die Januartagung des Völkerbundrates gestellt werden und dann zur Verhandlung gelangen. Die beiden genannten entscheidenden Punkte müßten jedoch sofort verhandelt werden, um zu verhindern, daß der Rat inzwischen durch die litauische Regierung einfach vor vollendete Tatsachen gestellt wird.

Zwischen der deutschen und der litauischen Abordnung waren Verhandlungen geführt worden, in denen von deutscher Seite versucht worden war, eine direkte Verständigung mit der litauischen Regierung herbeizuführen. Diese Verhandlungen haben sich jedoch zerschlagen. Infolgedessen hat sich die deutsche Abordnung gezwungen gesehen, den Dringlichkeitsantrag auf sofortige Eröffnung des Verfahrens vor dem Völkerbundrat zu stellen.

Litauen schwer belastet

Genf, 21. September. Der Völkerbundrat wird sich, wie bestimmt erwartet wird, noch im Laufe dieser Woche mit der von der deutschen Regierung übernommenen Beschwerde des memeländischen Landtags gegen die dauernden Rechtsverletzungen im Memelgebiet befassen und einen Berichterstatter dafür einsetzen. Das vorliegende, die litauische Regierung nach allgemeiner Auffassung schwer belastende Material dürfte eine hinreichende Grundlage für eine sofort vom Völkerbundrat zu treffende Entscheidung in den Hauptpunkten der Beschwerde bieten.

Die Paneuropa-Angelegenheit.

Das Präsidium der Völkerbundversammlung hat auf Vorschlag des Generalsekretärs des Völkerbundes beschlossen, den Ausschuss für die Prüfung der Paneuropafrage für Dienstag, den 23. September, einzuberufen. Die erste Sitzung des Ausschusses soll sich nur mit der

Aber einen wirklichen Ausgleich dieser unerfreulichen Ergebnisse, eine Stützung und Wiedererlangung unseres „Kredits“ im Ausland, also des dortigen Vertrauens auf eine ruhige innenpolitische und daher wirtschaftliche Weiterentwicklung in Deutschland, können nur Tatsachen herbeiführen. Andererseits hat dieses Vorkommnis aber auch wieder einmal bewiesen, wie stark, wie unbedingt wir wirtschafts- und kreditpolitisch vom Ausland abhängen, auf das Ausland Rücksicht nehmen müssen.

Gegen die Putzgerüchte.

Erklärungen Brünnings und Birth.
Nach der preussischen Regierung haben auch Mitglieder der Reichsregierung beruhigende Erklärungen zu den Putzgerüchten gegenüber den Vertretern amerikanischer Nachrichtenagenturen abgegeben. Reichsminister Brünnings betonte, die Reichsregierung habe unbedenklich um die Putzgerüchte und um den Ausgang der Wahlen ihre ganze Kraft auf die sachlichen Aufgaben richten können, die darin bestehen, die während des Sommers in Angriff genommenen Arbeiten fortzusetzen und auszuführen. Sie sei dem einmütigen Willens, auf diesem Wege fortzufahren, da sie überzeugt sein könne, daß sie bei dieser ihrer Aufgabe die Unterstützung aller derer finden werde, die die beste Garantie für eine Aufwärtsentwicklung in eben dieser Arbeit sehen. Das deutsche Volk sei von jeher ein Volk der Arbeit und habe sich selbst in schwersten Zeiten durch eigene Kraft und nützlichste Einschätzung des Möglichen vorwärts geholfen. Die staatlichen Nachmittels der Landespolizeibehörden reichten vollkommen aus, um solche Unruhen schon im Keime zu ersticken.
Auch Reichsfinanzminister Birth bestritt ganz energisch eine Putzgerüchte. Die kleine Wehrmacht sei völlig

Zerstückung des Arbeitsprogramms der nächsten Sitzungen befallen. Die Aufnahme der praktischen Arbeiten soll möglichst noch im Herbst, vielleicht aber auch erst im Januar erfolgen.

Zaleski gegen Prüfung der Minderheitenfragen.

Im Politischen Ausschuss der Völkerbundversammlung gab der polnische Außenminister Zaleski eine ungewöhnlich scharfe Erklärung zur Minderheitenfrage ab. Er bestritt auf das entschiedenste die Zuständigkeit der Völkerbundversammlung, sich mit den Minderheitenfragen zu befassen. Es sei eine Enttäuschung, feststellen zu müssen, daß trotz der in Madrid erzielten Einstimmigkeit man es jetzt dennoch für notwendig erachte, auch auf das Minderheitenproblem zurückzukommen, das bereits nach grundlegender Prüfung eine Lösung gefunden hätte. Die polnische Regierung sei jedoch bereit, die Schaffung eines allgemeinen Minderheitenschutzes in Erwägung zu ziehen.

In der Sitzung des Politischen Ausschusses der Völkerbundversammlung nahmen auch Reichsaußenminister Dr. Curtius, ferner Briand und die Außenminister der Kleinen Entente teil. Burton-England erklärte, ein Fortschritt in der Minderheitenfrage könne nur durch gegenseitiges Verständnis und Abkommen erzielt werden. Der Völkerbund müsse die Durchführung der Minderheitenschutzverträge überweisen und sich für eine Besserung der Lage einsetzen. Es sei heute vielleicht noch zu früh, das in Madrid geschaffene Verfahren abzuändern. Man müsse noch einmal versuchen, die dort geschaffene Neuregelung in loyaler Weise anzuwenden und alle damit gebotenen Mittel auszunutzen. Der Gedanke einer europäischen Einigung sei unbedenklich, solange die Gegensätze zwischen den Minderheiten- und Minderheitenländern beständen und die Rechte der Minderheiten nicht gerecht geschützt würden.

Bulgarien, Italien, Südslawen waren gegen Änderung der Minderheitenbestimmungen, Malta-Schweiz dafür. Der Deutsche Koch-Weber wies die Auffassung des polnischen Außenministers Zaleski zurück, daß eine Umänderung des Verfahrens heute nicht möglich sei, und unterstrich, daß die Schaffung eines ständigen Minderheitenausschusses beim Völkerbund im Interesse des Friedens durchaus notwendig sei. Mit aller Offenheit müsse er der Meinung entgegenreten, als ob die Minderheitenfrage heute bereits befriedigend geregelt wäre. Man sehe jetzt erst in der Lösung der Minderheitenfrage am allerersten Anfang.

Ein deutscher Entschließungsantrag

wurde eingebracht, daß die Völkerbundversammlung von der Notwendigkeit einer uneingeschränkten Aufrechterhaltung des Schutzes der gebilligten Rechte der Minderheiten im Sinne der Aufrechterhaltung des Friedens und der Annäherung der Völker überzeugt sei. Die Völkerbundversammlung spreche den Wunsch aus, daß alle zuständigen Organe des Völkerbundes sich bemühen mögen, die in der Madrider Ratsentscheidung geschaffenen Möglichkeiten zum Schutze der Minderheiten auszunutzen.

fest in der Hand des Reichspräsidenten. Versuche, in der Reichswehr sogenannte nationalsozialistische Zellen zu bilden, seien absolut schlaggefallen. Über die Polizei könne ebenfalls gesagt werden, daß sie ein zuverlässiges Instrument in den Händen der Länder darstelle. Jeder Versuch, mit Gewalt irgendwie gegen die Autorität des Staates anzugehen, würde — und das sei die feste Überzeugung der gesamten Reichsregierung — schon im Keime erstickt werden. Zu Besorgnissen über revolutionäre Umtriebe von rechts oder links sei keine Veranlassung gegeben. Selbstverständlich erfordere die zutage getretene Radikalisierung der deutschen Wähler nicht nur größte Aufmerksamkeit von seiten aller nichtrevolutionären Parteien, sondern man müsse sich auch aufrichtig und ehrlich Rechenschaft darüber geben, ob es fernerhin angebracht sei, Deutschland und seine Jugend, die zum größten Teil ohne Hoffnung lebt, unter urchigen Bedingungen dahinsiechen zu lassen.

Wie wird das neue Kabinett?

Zurückweisung von Alarmnachrichten.
Für kommenden Dienstag ist das Reichskabinett zu einer Sitzung einberufen, um das Arbeitsprogramm auszuarbeiten, das dem Reichstag bei seinem Zusammentritt vorgelegt werden wird. Von der Stellungnahme der Parteien zu diesem Arbeitsprogramm wird der Reichstanzler die Gestaltung der Dinge im neuen Parlament abhängig machen müssen. Pariser Nachrichten, die von Unstimmigkeiten im Reichskabinett und von dem bevorstehenden Rücktritt des Ernährungsministers Schiele sprechen, werden von zuständiger Stelle als jeder Grundlage entbehrend bezeichnet.